Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. 20 Pfg. Nr. Postanstalten, Träger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 43 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag den 19. Februar 1926

Erfolge.

Gewiß, wir sind machtlos. Gewiß, wir können nicht erzwingen, was wir zu erwarten das Recht hatten. Aber — stillschweigend schlucken, das brauchen wir doch nicht, namentlich dann nicht, wenn das Versprochene in gar zu grellem Gegensatz steht zu der Art, wie man das Versprochene nicht erfüllt. Man hat so oft über die Nutzlosigkeit papierner Proteste gespottet und die Entente hat ihr übriges dazu getan, diesem Spott Unterlagen zu geben. Aber schließlich ist ein Protest nicht nur dazu da, Geschehenes rückgängig machen zu wollen, sondern er hat auch die Aufgabe, der Welt das Unrecht des Geschehenen kundzutun. Und schließlich vor allem das eigene Handeln zu bestimmen.

Wir haben durch eine Anfrage unserer Gesandten in Paris und London feststellen wollen, was um das Gerede sei, daß auch andere Mächte zweiten Ranges gleichzeitig mit uns Sitze im Völkerbundrat erhalten können. Wir haben gleichzeitig unverhüllt kundgetan, daß ein solches Geschehnis unsere Anmeldung in Genf in Frage stellen müßte. Das war ein Protest und dieser Protest hat endlich einmal Erfolg gehabt. Das wird auch, allerdings mit mißvergnügter Miene, in Frankreich zugegeben, daß der dauernde Sitz für Deutschland bedingungslos versprochen war. Das „Echo de Paris" sagt, Frankreich könne nicht anders, als „der Drohung Stresemanns nachgeben oder das ganze System von Locarno liege am Boden".

Briand hat dem deutschen Botschafter in Paris erklärt, vielmehr erklären müssen, daß Frankreich die polnischen Ansprüche auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat zwar unterstützen wolle, aber entscheidend sei nur der Völkerbund. Man weiß, daß jedenfalls zurzeit ein derartiges Verlangen Polens keine Hoffnung auf Erfolg haben kann, und der Schritt des Botschafters von Hoesch hat dieses Beginnen sozusagen auf das tote Gleis geschoben. Was dann im Spätherbst auf der großen Völkerbundtagung geschehen wird, das freilich können wir uns jetzt schon sagen: Eintritt Polens in den Völkerbundrat als ständiges Mitglied. Doch ist die Gleichsetzung Deutschlands mit Polen verhindert worden, weil nur wir durch einstimmigen Beschluß des Völkerbundrats in Genf einen Sitz erhalten würden.

Einen Erfolg hat auch die österreichische Regierung mit ihrem Protest bei Mussolini erringen können. Bekanntlich hatte sie in Rom anfragen lassen, was die Äußerung Mussolinis bedeute, man werde die Trikolore auch über den Brenner hinaus vorwärts tragen. Der Bundeskanzler, Dr. Ramek, hat in seiner Rede vor dem Österreichischen Nationalrat das mit Recht als eine kriegerische Drohung bezeichnet. Mussolini hat nun dem österreichischen Gesandten gegenüber einen Rückzug insofern antreten müssen, als er den Sinn dieses Satzes dahin präzisierte, nie werde Italien dulden, daß die durch die Friedensverträge geschaffene Lage eine Veränderung erfahre. Es habe ihm ferngelegen, Österreich irgendwie beunruhigen zu wollen. Natürlich ist das Unsinn, Mussolini hat sich rednerisch völlig vergaloppiert, was er aber nicht zugeben will. Wenn er jetzt wieder die Gelegenheit benutzt, darauf hinzuweisen, er wolle mit jenem Satz schließlich auch noch sagen, daß Italien den Anschluß nie dulden würde, so glauben wir ihm das ohne weiteres. Er vergißt aber nur dabei, daß es einen Artikel 19 der Völkerbundsatzung gibt, und daß wir es infolgedessen in Genf doch einmal darauf ankommen lassen wollen, festzustellen, ob auch die Anschlußfrage zu jenen Punkten gehört, deren Nachprüfung durch diesen Artikel 19 ermöglicht werden kann. Schließlich sollte Mussolini sich doch auch an jenes Wort erinnern, daß man in der Politik niemals „niemals" sagen soll.

Durch unseren Entschluß, dem Völkerbund beizutreten, werden überhaupt unsere Beziehungen zu Österreich mehrfach berührt, und darum ist es zu begrüßen, daß der österreichische Bundeskanzler, Ramek, nach Berlin kommen will. Das bedeutet natürlich nicht etwa, daß nun sofort Beschlüsse gefaßt werden sollen, die anschlußfeindlichen Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain aufzukündigen, aber zweifellos wird eine Aktion eingeleitet werden, auf legale Art die Aufhebung dieser Bestimmungen herbeizuführen.

Wir wissen übrigens, daß nicht bloß Italien, sondern auch andere Nachbarn Österreichs allerstärkstes Interesse an diesen Bestimmungen haben und daß infolgedessen ein nur schrittweises vorsichtiges Vorgehen am Platze sein kann.

Zurückweisung tschechischer Beschwerden

Ein Schritt wegen der deutschen Minderheiten.

Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Krofta, hat, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, im Berliner Auswärtigen Amt wegen der Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Held über die deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei Vorstellungen gemacht. Der Reichsaußenminister hat unter Hinweis auf die staatsrechtliche Lage eine Aktivlegitimation des tschechoslowakischen Gesandten zu einer Beschwerde bei der Reichsregierung nicht anerkennen können, da das Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten nicht als ein Schritt des für die deutsche Außenpolitik allein verantwortlichen Auswärtigen Amtes zu charakterisieren ist.

Abgesehen von dieser formellen Zurückweisung hat der Reichsaußenminister in seiner mündlichen Besprechung mit dem tschechoslowakischen Gesandten erklärt, daß Held die Äußerungen nicht sponton, sondern in Beantwortung von Interpellationen aus dem Bayerischen Landtag getan habe. Derartige Äußerungen politischer Kreise kennzeichnen die Stimmung, die in bezug auf diese Frage im deutschen Volke herrsche. Auch die deutsche Reichsregierung verfolge mit Sorge das kulturelle Schicksal der Deutschen in der Tschechoslowakei.

Das Finanzprogramm der Regierung.

Schwebende Wirtschaftsfragen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der vorgeschlagenen und im Sozialen Ausschuß angenommenen Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose. Der Sitzung des Haushaltsausschusses wohnten der Reichskanzler und die Mitglieder des Kabinetts bei. Der Zweck dieser Sitzung war die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die finanzielle Lage des Reiches, die von der Regierung als bestimmend angesehen wird für die Stellungnahme zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen, die in anderen Reichstagsausschüssen von den Parteien gestellt worden sind.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

erklärte, daß die Regierung sich zu Steuersenkungen entschlossen habe, nicht weil etwa eine besonders günstige Lage vorhanden ist, sondern weil die Regierung überzeugt ist, daß Deutschland wirtschaftlich so in Not ist, daß zu dem Programm der Reichsregierung auch Steuersenkungen gehören. Durch Steuersenkungen allein kann jedoch die Not nicht behoben werden. Wir müssen alle Kräfte daransetzen, die Krisis zu überwinden. Außer mit Steuererleichterungen hat sich das Kabinett auch eingehend mit Fragen beschäftigt, die es möglich machen werden, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Schon in den nächsten Tagen wird die Frage zum Abschluß kommen, der Reichsbahngesellschaft eine gewisse Summe zur Verfügung zu stellen, damit die Reichsbahn dringend notwendige Verbesserungen vornehmen kann. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß Tausende von deutschen Arbeitern unbeschäftigt sind, während die Eisenbahn außerordentliche Neuanschaffungen nötig hat und diese nur aus Gründen der Finanzierung scheitern. Die Regierung muß sich mit dem Reichstag zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen, um die Krisis zu überwinden. Der Ertrag der Steuern wird vermutlich über die Schätzungen hinausgehen. Es ist dabei aber zu bedenken, daß durch die Unterstützung der Erwerbslosen, die 40—50 Millionen Mark im Monat beträgt, große Anforderungen an die Regierung gestellt werden.

Reichskanzler Dr. Luther

betonte, daß alle Kräfte von Reichstag und Reichsregierung zusammengefaßt werden müßten, um die furchtbare Notlage zu überwinden, in der sich gegenwärtig das deutsche Volk befinde. Um dieser Zusammenfassung willen habe die Reichsregierung den dringenden Wunsch, sofort ihr Finanzprogramm im Haushaltsausschuß eingehend erörtert zu sehen. Alle Entschlüsse müßten jetzt dem Ziel untergeordnet sein, die deutsche Wirtschaft wiederum in Gang zu bringen, denn nur so sei es möglich, der großen Masse der Notleidenden, insbesondere den Erwerbslosen und Kurzarbeitern, wirklich und dauernd zu helfen. Oft genug sei es in der Öffentlichkeit und im Parlament betont worden, daß ein erhebliches Hindernis für die Erholung der deutschen Wirtschaft in den über das erträgliche Maß hinausgehenden Steuern zu sehen sei. Sei das richtig, so müsse man auch die Folgerungen hieraus ziehen.

Der Steuersenkungsvorschlag der Regierung, der ein Ergebnis des Willens zur Überwindung der Not sei und für die Betrachtungsweise normaler Zeiten sicher zu weit gehe, sei nur möglich auf der Grundlage der grundsätzlich optimistischen Auffassung, daß überhaupt und gerade auch durch die Erleichterung der Steuerlasten die Wirtschaftslage in Zukunft sich erheblich bessere. Da es sich um ein Gesamtprogramm handele, so müsse die Reichsregierung großes Gewicht darauf legen, daß der Ausschuß auch seinen Beschluß über die Erwerbslosenfrage in Würdigung des Gesamtprogramms fasse, und er erbitte deshalb sofortige Erörterung dieses Programms.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns schloß sich den Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichskanzlers an. Er betonte, auch in seinem Ressort sei es unmöglich, die Leistungen auf irgendeinem Gebiet zu erhöhen, wenn nicht das ganze Wirtschaftsprogramm der Regierung gefährdet werden solle.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius verbreitete sich über die Maßnahmen, mit denen die Regierung, abgesehen von den Steuererleichterungen, zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft und zu einer Besserung des Arbeitsmarktes beitragen will. U. a. sollen der Reichsbahn 100 Millionen Kredit zur Inangriffnahme notwendiger Erneuerungsarbeiten gegeben werden. Außerdem sollen 300 Millionen der Industrie als Betriebskredit für die Herstellung von Exportwaren für Rußland gegeben werden.

Vertagung gegen Luthers Wunsch.

Reichskanzler Dr. Luther hatte den Wunsch ausgesprochen, daß sofort in eine Aussprache über das wirtschaftliche und finanzielle Regierungsprogramm eingetreten werden soll. Bei der Abstimmung im Ausschuß ergab sich aber das überraschende Resultat, daß die Regierungsparteien auseinanderfielen. Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten für den sofortigen Eintritt in die Debatte, ebenso die Bayerische Volkspartei. Zentrum und Deutsche Volkspartei aber stimmten mit den Deutschnationalen und den Völkischen für eine Vertagung der Debatte auf Freitag, um erst die Darlegungen der Minister näher zu prüfen. Der Reichskanzler soll sich ziemlich verstimmt über den Vorgang geäußert haben, daß unter solchen Umständen die Regierung die Geschäfte nicht weiterführen könne. Da aber mit Rücksicht auf das Verlangen der Regierung, die Erwerbslosenunterstützungsfrage erst zu entscheiden, wenn das gesamte Wirtschaftsprogramm bestimmt sei, die Abstimmung über die Erwerbslosenfürsorge ebenfalls auf Freitag verschoben wurde, soll sich der Reichskanzler mit dieser Anordnung später zufriedengegeben haben.

Deutscher Reichstag.

(164. Sitzung.) CB. Berlin, 18. Februar.

Am Schluß der gestrigen Reichstagssitzung wurden entsprechend den Ausschußanträge die Kosten für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gestrichen.

Die Einzelberatung des Reichsjustizetats wurde heute fortgesetzt. Beim Etat des Reichsgerichts verurteilte Abg. Dr. Levi (Soz.) erneut die Judikatur in Landesverratsprozessen und ging wieder auf eine Reihe von Urteilen ein, die er schon in der allgemeinen Aussprache ausführlich erörtert hatte. Abg. Korsch (Komm.) begrüßte die Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. Darauf wurde der Rest des Justizetats bewilligt und das Haus wandte sich dem

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

zu. In Verbindung mit Interpellationen der Kommunisten und Sozialdemokraten, mit Maßnahmen zur Verhütung von Grubenunfällen, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrisen. Gleichzeitig damit verbunden ist eine Interpellation des Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) über die Notlage der kleinen Rentner.

Abg. Hoch (Soz.) berichtete über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß hat u. a. 20 Millionen Mark für Wochenhilfe ausgesetzt.

In der allgemeinen Aussprache verlangte der Abg. Karsten (Soz.) eine energische Zurückweisung der in der Denkschrift der Arbeitgeber aufgestellten Forderung auf Abbau der sozialen Fürsorge. Der Redner forderte weiter ein Arbeitsgesetz, das den Achtstundentag festsetzt, und die schleunige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. In der Frage der Erwerbslosenunterstützung sei die Haltung des Arbeitsministers nicht zu rechtfertigen. Mit einer Angliederung der Arbeitsgerichte an die öffentlichen Gerichte könnten die Sozialdemokraten nicht einverstanden sein. Öffentliche Mittel in größerem Maße müßten für die Gesundheitspflege der Arbeiter aufgewendet werden. In einer Zeit, in der rauschende Festlichkeiten veranstaltet, in der Millionen den abgedankten Fürsten zugeschanzt würden, müßte auch Geld für die notleidenden Erwerbslosen und sozialen Rentner vorhanden sein.

Abg. Stegerwald (Ztr.) schilderte die große Notlage der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes. In einer solchen Notzeit sei eine objektive Würdigung des Arbeitsministers erschwert. Der Redner erwähnte dann, daß die Beiträge für die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung in Deutschland sechs Milliarden betrügen. Es sei zurückzuweisen, wenn von der Erwerbslosenfürsorge in der Weise gesprochen werde, als würde durch sie die Arbeitsunlust gesteigert. Tatsächlich bezögen einige hunderttausend Offiziere und Beamte an Pension mehr, als für die vielen Arbeitslosen zusammen ausgegeben wird. (Hört, hört!) Es gibt kein zweites Land in Europa, so meinte der Redner, wo bei guter Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation, bei guter Pflege der Technik und bei psychologisch richtiger Behandlung der Arbeiter aus den Arbeitern so viel herausgeholt werden könne wie aus den Deutschen. Der Abgeordnete trat in diesem Zusammenhang für eine zweckmäßige Ausgestaltung des endgültigen Reichswirtschaftsrates und für eine paritätische Zusammensetzung der verschiedenen Wirtschaftskammern ein. Deutschland litte unter einer Arbeitslosigkeit, wie sie bisher nie erlebt worden sei. Aus der Hauszinssteuer könnten größere Mittel für den Wohnungsbau verwendet werden, was auch wiederum auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit hinwirken würde. Dabei müsse aber eine Verbilligung der Bauweise durch Normalisierung und Typisierung sowie durch Ersatzbaustoffe angestrebt werden. Nach diesen Gesichtspunkten beantrage das Zentrum, daß die Reichsregierung sofort Maßnahmen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF